



DIE LINKE

Fraktion im Dresdner Stadtrat



Dezember 2014

Rede von LINKE-Fraktionsvorsitzenden André Schollbach zum Dresdner Doppelhaushalt 2015/2016

Neue Akzente für Dresden setzen

Frau Oberbürgermeisterin, meine Damen und Herren, verehrte Gäste,

vor 100 Tagen, nämlich am 28. August 2014, haben die Stadträtinnen und Stadträte von LINKEN, Grünen, SPD und Piraten, ihre politische Zusammenarbeit für diese Wahlperiode besiegelt. Damit haben wir uns dazu bekannt, für Dresden gemeinsam Verantwortung übernehmen.

Bei der Vorstellung unseres Kooperationsvertrages wurde die Einschätzung getroffen, dass die Frage, ob es gelingt, sich gemeinsam auf einen Haushalt zu verständigen, zum Lackmuestest für Rot-Rot-Grün-Orange wird. Diesen Test werden wir heute bestehen. Und darauf sind wir durchaus stolz. Denn es gab ja nun nicht gerade wenige Zweifler. Und erinnern wir uns: Vor zwei Jahren hat es die CDU nicht vermocht, den Haushalt rechtzeitig zu verabschieden, obwohl sie von der CDU-Bürgermeisterin und der CDU-Oberbürgermeisterin nach Kräften unterstützt wurde. Da mussten dann erst andere Fraktionen zu Hilfe kommen.

Uns dagegen wurde nicht nur keine Unterstützung zuteil – das haben wir zugegebenermaßen auch nicht erwartet – sondern der CDU-Finanzbürgermeister hat sich stattdessen mit der Errichtung zusätzlicher Hürden und dem Herbeischaffen immer neuer Brocken die Zeit vertrieben. Als besondere Aufmerksamkeit wurde uns dann vor gerade mal zwei Wochen ein dickes Haushaltsloch präsentiert. Viele haben daraufhin erwartet, dass nun Holland in Not gerät und die Haushaltsentscheidung ins neue Jahr verschoben wird. Aber nicht mit uns. Wir haben zusammen die Ärmel hochgekrempt und in die Hände gespuckt, um den Haushalt hier und heute auf den Weg zu bringen.

Mit diesem Haushalt veranstalten wir keine Revolution, aber wir setzen wichtige soziale, kulturelle und ökologische Akzente:

Etwa in dem wir endlich ein richtiges Sozialticket für Bus und Bahn einrichten. Wir sind der Auffassung, dass alle Menschen, auch die mit einem ganz kleinen Geldbeutel, in der Lage sein müssen, sich einen Fahrchein für die Straßenbahn zu kaufen. Der unhaltbare Zustand, dass Menschen aus finanzieller Not heraus erst „Schwarz fahren“ und anschließend dafür vor Gericht gezerrt werden, soll endlich ein Ende haben.



Foto: Henry Keßler / pixelio.de

Und wir tun etwas in dem lange vernachlässigten Bereich der Rad- und Fußwege. Wenn man feststellt, dass die Autos zu oft im Stau stehen, dann sollte man mal darüber nachdenken, ob es tatsächlich Sinn macht, die Straßen immer noch größer und breiter auszubauen, oder ob es nicht klüger wäre, mit einem Bruchteil der Kosten das Radwegenetz zu verbessern und so attraktiv zu gestalten, dass der eine oder andere auf das Fahrrad umsteigt. Da haben dann alle Verkehrsteilnehmer etwas davon, auch die Autofahrerinnen und Autofahrer.

Wir werden mit diesem Haushalt die kulturellen Einrichtungen besser ausstatten. Dresden ist eine Kunst- und Kulturstadt. Und wenn wir diesem Anspruch gerecht werden wollen, dann genügt es nicht, sich auf zwei Leuchtturmprojekten auszuruhen, sondern die Kulturlandschaft bedarf auch in ihrer Breite und Vielfalt einer angemessenen Förderung.

Wir haben die Anschubfinanzierung für eine neue städtische Wohnungsbaugesellschaft im Haushalt verankert. Die CDU hat jahrelang den Abriss tausender Wohnungen in Dresden mit Steuergeldern subventioniert und Politik im Interesse der Miethaie und Immobilienspekulanten gemacht. Aber das hat jetzt endlich ein Ende, weil wir uns nicht der gerade genannten Personengruppe, sondern dem Interesse der Mieterinnen und Mieter verpflichtet fühlen.

Auch die Jugendeinrichtungen unserer Stadt erhalten endlich ihre seit langem dringend benötigte Unterstützung. Dresden ist eine wachsende Stadt und hat deutlich mehr Kinder und Jugendliche als noch vor einigen Jahren. In diesem Bereich herrscht deutlicher Handlungsbedarf. Und Rot-Rot-Grün-Orange wird handeln.

All' diese Ausgaben machen gerade einmal 1 Prozent des städtischen Haushaltes aus. Es lässt sich also mit Fug und Recht sagen, dass wir die neuen Akzente mit Augenmaß gesetzt haben, ohne den Blick für das Machbare zu verlieren.

Nun hat es sich ja der CDU-Finanzbürgermeister nicht nehmen lassen, in letzter Minute nochmal den rot-rot-grünen Haushalt schlecht zu reden. Das ist natürlich parteipolitisch motiviert. Wissen Sie Herr Vorjohann, als die CDU immer wieder völlig überdimensionierte teure Straßen für zweistellige Millionenbeträge beschlossen hat, da war Ihre warnende Stimme nicht zu vernennen. Aber jetzt, da Rot-Rot-Grün sich erdreistet, ein kleines Prozent des Haushaltes umzuverteilen, da werden sie plötzlich munter und geben hier die Drama-Queen vom Rathausurm. Aber damit können Sie uns nicht beeindrucken. Denn wir realisieren genau jene Vorhaben, mit denen uns die Dresdnerinnen und Dresdner bei der Kommunalwahl am 25. Mai beauftragt haben. Und deshalb werden wir diesen Haushalt hier und heute auf den Weg bringen.

Informationen im Internet:
www.linke-fraktion-dresden.de

Aus dem Ortsbeirat Pieschen

Große Politik im kleinen Kreis

von Maurice Devantier

Tatendurstig trat unsere auf vier Mitglieder angewachsene neue Fraktion die neueste OBR-Sitzung an und musste gleich die erste Enttäuschung erleben. Unser Trinkwasser wurde gestrichen! Begründung: Haushaltssperre. Aber wir verzichten gern und hoffen mit der Einsparung von mindestens 2 bis 3 Euro unseren Beitrag zur „schwarzen Null“ in Dresden geleistet zu haben.

Der Hauptgegenstand der Sitzung wurde gleich zu Beginn verhandelt. Während hier die gesellschaftlichen Grundfragen erörtert wurden, glitt die Sitzung im weiteren Verlauf eher ins Skurrile ab.

Doch bei der Diskussion um den „Bebauungsplan Nr. 357C“ wurde es spannend. Zur Erklärung: Es handelt sich hier um das Gebiet zwischen Elbufer und Leipziger Straße nahe dem Puschkin-Platz und die Frage was damit geschehen solle. Der von der neuen Mehrheitskoalition eingebrachte Bebauungsplan sieht vor, den elb-nahen Bereich aus Hochwasserschutzgründen unbebaut zu lassen und entlang der Leipziger Straße den Bau von Wohnungen zu ermöglichen. Neben weiteren Entwicklungszielen wird auch angestrebt, dem „Freiraum Elbtal“ auf einen kleinen Teil des Gebietes Perspektiven für eine Weiternutzung zu ermöglichen. Was sich zunächst nach einem allseits zustim-

mungsfähigen Konzept anhört, welches auch den Zielen von Masterplan, FNP und Landschaftsplan entspricht, entpuppte sich als politisches Reizthema. Denn es hat bereits ein kommerzielles Wohnungsbaununternehmen das Gebiet gekauft und möchte dort eine Wohnsiedlung mit dem schönen Namen „Marina Garden“ errichten. Diese Wohnanlage sollte direkt an der Elbe entstehen, damit die zukünftigen Besitzer der Eigentumswohnungen von ihrem „Garden“ einen guten Blick auf ihre in der „Marina“, also dem Pieschener Hafen, ankernde Yacht haben. (Oder wie soll man sonst die Namensgebung interpretieren?)

Da mit dem neuen Bebauungsplan dieses Vorhaben nicht mehr vollständig umsetzbar wäre, sprachen die Ortsbeiräte der CDU gleich von „Enteignung“, von „Klientelpolitik“ zugunsten des „Freiraum Elbtal“, worüber dann auch prompt in der „SZ“ zu lesen war. Leider wurde nicht berichtet, dass diesen Anschuldigungen von unserer Seite entgegengetreten wurde mit dem Hinweis, dass wohl eher die CDU hier „Klientelpolitik“ für ein bestimmtes Wohnbauunternehmen und allgemein für die Interessen der Verkäufer und Käufer von Luxuswohnungen betreibe. Die Eigentumsrechte werden durch Bebauungspläne natürlich in keiner Weise beeinträchtigt und der „Freiraum“ ist in gleicher Weise von der

Räumung bedroht wie zuvor. Allerdings sollte man schon darüber nachdenken, warum beim Bau von Flughäfen oder Autobahnen Enteignungen auch von konservativer Seite durchgeführt werden, der Hochwasserschutz oder andere gesellschaftlich relevante Gründe hierzu aber keine Rolle spielen dürfen.

Nun wurden ähnliche Diskussionen bei solchen Themen im OBR schon öfters geführt, mit wiederkehrenden Argumenten. Doch jetzt sollte sich etwas ändern: Nämlich das Ergebnis. Während die CDU in früheren Wahlperioden ihre Sicht mittels Stimmzahl durchsetzen konnte, verlor sie diesmal die Abstimmung. Rot-Grün-Rot-Orange stimmte geschlossen für den Antrag und da wir jetzt auch in Pieschen die Mehrheit haben, ging dieser glatt durch. Die CDU stand auf verlorenem Posten und selbst ihre vermeintlichen Verbündeten von FDP und AfD gingen ihnen von der Stange und enthielten sich. Unsere Freude über diesen Erfolg konnte durch die nun noch folgenden eher slapstickartigen Tagesordnungspunkte nur wenig getrübt werden.

Zunächst referierte eine Verwaltungsmitarbeiterin über 30 Minuten zum „Spielplatzkonzept“ der Stadt. Mit sehr vielen schönen bunten Bildchen zeigte sie uns, was wir nicht anders vermutet hatten,

dass es in Dresden in vielen Vierteln und im Ortsamtsbereich Pieschen besonders an Spielplätzen fehlt. Auf der letzten Folie zeigte sie uns noch mögliche Verbesserungen in Pieschen auf und entließ uns mit dem Satz, dass dafür aber kein Geld da wäre und das Konzept deshalb nicht umgesetzt werden könne.

Das Beste aber kam zum Schluss: schon vor einigen Monaten hatte ich dem Ortsamt eine Liste mit Standorten für die Aufstellung von Bänken übergeben, welche mir von Einwohnern genannt worden waren. Bis jetzt war keine einzige Bank an einem der genannten Standorte aufgestellt worden und wir wurden aufgefordert, uns bis zur Erstellung der „Bankkonzeptes“ zu gedulden. Nun wurden aber über Nacht auf der Trachenberger Straße auf einer Länge von gut 200 Metern insgesamt acht (!) Bänke aufgestellt. Im restlichen Ortsamt weiterhin keine. Vermutlich war das Kontingent für Pieschen damit aufgebraucht und wir werden wieder Jahre oder Jahrzehnte auf die nächste Bank warten müssen. Aber jeder von uns kann bis dahin in der Hoffnung leben, dass seiner Straße dann die nächste 400%ige Planübererfüllung zuteil werden wird.

Aus dem Ortsbeirat Altstadt

Dresden bekommt einen Koreaplatz

von Christopher Colditz

Zur letzten Ortsbeiratssitzung, am 10. Dezember, fanden sich die OrtsbeirätInnen im neu gebauten Gymnasium Bürgerwiese ein. Durch den Schulleiter Jens Reichel wurden wir zuerst durch das im Schuljahr 2008/2009 eröffnete Gymnasium geführt.

Das Gymnasium hinterließ bei den Ortsbeiräten insgesamt einen guten Eindruck, zu bemängeln haben die Linken Ortsbeiräte und der Schulleiter die fehlende Unterstützung bezüglich der Jugendsozialarbeit im Bereich der Altstadt. Einen Jugendsozialarbeiter finanziert die Schule derzeit durch Projektmittel und Spendengelder der Eltern. Ein weiterer Mangel ist die fehlende WLAN- Ausstattung des Gymnasium, somit kann der angeschaffte Klassensatz an Tablet-Computern, für ein modernes Lernen und das Angebot digitaler (und kostenloser) Literatur der städtischen Bibliothek nicht genutzt werden.

In der Ortsbeiratssitzung wurde der Wunsch der südkoreanischen Präsidentin Park Geun-hye, den sie während ihres Dresden-Besuches im März diesen Jahres geäußert hat, diskutiert, einen Platz in Dresden „Koreaplatz“ zu nennen. Als Gast der OBR-Sitzung erläuterte der südkoreanische Honorarkonsul, Herr Holländer, den Wunsch und die Intention der südkoreanischen Präsidentin. Der künftige Koreaplatz soll ein Zeichen nach dem Wunsch der Wiedervereinigung beider koreanischen Staaten sein.



Dresden könnte als erste europäische Stadt einen nach Korea benannten Platz erhalten. Für viele Koreaner ist die deutsch-deutsche Wiedervereinigung ein strahlendes Beispiel, welches sie auch auf eine koreanische Wiedervereinigung hoffen lässt. Außerdem haben beide koreanische Staaten geschichtliche Verbindungen zu den damaligen beiden deutschen Staaten. Als Platz wurde der Platz Adlergasse/Schäfer-/Weißeritzstraße in der Friedrichstadt vorgeschlagen. Der Intention für einen Platz für die Versöhnung beider koreanischer Staaten konnten wir LINKEN Ortsbeiräte prinzipiell folgen, allerdings hielten wir den Platz aufgrund seiner geringen Größe und der geringfügigen Frequentierung für eher ungeeignet. Als Alternative schlugen wir den Platz am Bahnhof Mitte vor, der belebtere und größere Platz scheint

uns, auch wegen der verbesserten Wahrnehmung für dieses gemeinsame Ziel, als besser geeignet. Für den Platz Adlergasse/Schäfer-/Weißeritzstraße brachten wir die Benennung nach der verstorbenen Paula-Modersohn-Becker, eine Friedrichstädter Künstlerin, als Vorschlag für die Platzbenennung ein. Der Anteil weiblicher Platz- und Straßennamen im Ortsamtsbereich Altstadt beträgt weniger als 1%. In Korea wird die Benennung schon freudig erwartet, die Entscheidung obliegt letztlich dem Stadtrat.

Die OrtsbeiratInnen sowie der Ortsamtsleiter Herr Barth, sein Stellvertreter und seine Sekretärin spendeten des Weiteren gemeinsam 309 Euro für die Bildungspatenschaften des Ausländerbeirats Dresden. Derzeit bestehen 120 Bildungspatenschaften mit Kin-

dern und Jugendlichen u.a. aus Syrien, Afghanistan und Tschetschenien.

Auf Initiative der Linken überreichten die Ortsbeiräte Herr OA-Leiter Barth und seinem gesamten Team eine Karte mit Weihnachtsgrüßen unter dem Motto „Wir sind bunt“ und ein paar Kleinigkeiten wie verschiedenen Teesorten.

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat

Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
E-Mail: fraktion@dielinke-dresden.de
V.i.S.d.P. André Schollbach
Satz und Layout: Max Kretzschmar
Mitarbeit an dieser Ausgabe: André Schollbach, Annetrin Klepsch, Hans-Jürgen Muskulus, Dr. Kris Kaufmann, Dr. Margot Gaitzsch, Maurice Devantier, Christopher Colditz
Fotos: pixelio.de
Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: Mittwoch, 21.01.2015
Druck: Lausitzer Rundschau Druckerei Cottbus
Auflage dieser Ausgabe: 6.000 Exemplare
Vertrieb: Schneller ist besser!
Logistik GmbH - Siblog

Refugees welcome – Dresden für Alle

von Dr. Margot Gaitzsch

Am Donnerstag, dem 11. Dezember verabschiedete der Dresdner Stadtrat einzig mit den Stimmen der Rot-Rot-Grün-Orangen Kooperation einen „Maßnahmenplan zur Schaffung zusätzlicher Unterbringungs-kapazitäten für besondere Bedarfsgruppen in den Jahren 2015/2016“ (V0085/14). Eine Reihe Ergänzungen unserer Rot-Rot-Grün-Orangen Kooperation konnten bereits im Sozialausschuss in die Vorlage eingearbeitet werden. Bezeichnender Weise wurde das Konzept von CDU und FDP/Bürgerfraktion ebenso abgelehnt wie von AfD und NPD (was wiederum nicht verwunderlich ist).

Die Diskussion im Stadtrat war sehr konträr und zum Teil aufgeheizt. Die Oberbürgermeisterin hat in einer einführenden Rede sehr deutliche Worte gefunden, mit denen sie die Notwendigkeit, das Recht auf Asyl als grundlegendes Menschenrecht in Dresden umzusetzen, nachdrücklich klarstellte und auch Fehler der Verwaltung in der Vergangenheit einräumte.

Der beschlossene Maßnahmenplan ist ein Kompromiss. Ein Kompromiss vor allem deshalb, weil von den 2121 neu zu schaffenden Plätzen 821 sich in Gemeinschaftsunterkünften befinden. Immerhin heißt das auch, dass 1300 Plätze in Woh-

nungen bereitgestellt werden. Wir werden die Stadtverwaltung beim Wort nehmen, dass die Gemeinschaftsunterkünfte nur als Übergangsplätze genutzt werden sollen. Nach dem derzeitigen Konzept wird es 10 neue Heime in Dresden geben. Angemietete Objekte befinden sich an folgenden Standorten: Gustav-Hartmann-Straße 4, Tharandter Straße 8, Wachwitzer Höhenweg 1 a, Podemusstraße 9, Lockwitztalstraße 60/60 a, Heidenauer Straße 49.

Neu gebaut werden soll an folgenden Standorten: Wendel-Hippler-Straße 13, Breitscheidstraße 117, Karl-Marx-Straße, Teplitzer Straße, Pirnaer Landstraße/Ecke Neudobritzer Straße. Wenn man dem etwas Positives abgewinnen kann, dann ist es das, dass diese Standorte über die Stadt verteilt sind und bis auf zwei Ausnahmen max. je 75 Plätze bieten.

Dresden als zweite, neue Heimat

Unsere Aufgabe bleibt es, den Geflüchteten ihr Ankommen in Dresden zu erleichtern und das Mögliche dafür zu tun, dass sie in Dresden eine zweite, eine neue Heimat finden können.



Welche Möglichkeiten gibt es: In den meisten Stadtteilen gibt es Initiativen, die Unterstützung von Asylsuchenden organisieren und koordinieren. Sie unterstützen gleichzeitig die vor Ort tätigen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter.

Besonders wichtig ist die individuelle Betreuung, also die Paten-Aktion.

Paten gehen zu Familien, zu Einzelpersonen oder Gruppen und unterstützen diese in vielfältiger Weise: Bei der selbstständigen Orientierung in der Stadt, zeigen ihnen Möglichkeiten der Freizeitgestaltung, geben Unterstützung beim Kontakt mit Nachbarn oder gehen einfach mal miteinander spazieren.

Materielle Spenden können Freude bereiten – Winterbekleidung, Spielzeug. Am einfachsten können diese den Menschen natürlich selbst übergeben werden. Umsonstläden, die Heilsarmee oder Tauschbörsen sind eine weitere Möglichkeit o. g. Dinge Menschen zu geben, die diese dringend brauchen

In fast allen Stadtteilen organisiert das DAMF (Deutschkurse für Asyl Migration Flucht) Deutschkurse. Darüber hinaus ist es hilfreich, Konversationskurse oder Gesprächskreise mit Asylsuchenden oder andere Möglichkeiten des Sich-Kennenslernens ins Leben zu rufen.

Wir können so Menschen, die zu uns kommen, besser kennen lernen, ihre Schicksale verstehen und Gedanken über verschiedene Kulturen und Lebensweisen austauschen. Wir können voneinander lernen.

Wenn es in eurem Wohngebiet noch keine Initiative zur Unterstützung von Asylsuchenden gibt, dann gründet eine. Schließt euch mit Ortsbeiräten, Vertretern von Kirchen und örtlichen Vereinen zusammen. Seid kreativ, fragt Asylsuchende nach ihren Bedürfnissen und unterstützt sie, wo und wie ihr könnt.

Volksspaziergang durch das Abendland

von Annetrin Klepsch

Zu einem jeden Jahresende wird die älteste und bekannteste Flüchtlingsgeschichte der Welt dargeboten, in Funk und Fernsehen und als Holzfiguren in Krippen oder als Dauerfahrgäste erzgebirgischer Pyramiden. In vielen Ausführungen begegnen uns nicht nur Maria und Joseph mit ihrem auf der Flucht geborenen Kind, sondern auch die drei Weisen aus dem Morgenland. Während die Gaben der Könige aus dem Morgenland in einer beliebigen künstlerischen oder kommerziellen Ableitung für Verzückung sorgen, zieht es gegenwärtig an jedem Montag die selbst ernannten Bewahrer des Abendlandes auf die Straßen von Dresden.

Die Geschichte von Suche nach Obdach und Geburt des Flüchtlingskinds Jesus dreht auf unzähligen Weihnachtspyramiden aus dem Erzgebirge ihre Runden auch in zahllosen atheistischen Haushalten in Dresden und ganz Sachsen.

Daran gemessen, dass sich bisher wohl die wenigsten DresdnerInnen Gedanken um das Abendland gemacht haben, es geschweige denn beschreiben können, verwundert es – nimmt man den Titel „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ ernst - welchen Zulauf die PEGIDA-Spaziergänge seit Oktober in Dresden erfahren haben. Unbeeindruckt durch Kundgebungen des Bündnisses DRESDEN FÜR ALLE und Demos von Dresden-Nazifrei oder vielmehr dadurch noch bestärkt scheinenden Pegida weitere Sympathisanten zuzuströmen, am 15. Dezember waren es zuletzt 15.000 „Spaziergänger“. Diesen geht es offenbar nicht um das



Foto: Dieter Schütz / pixelio.de

ursprüngliche Ziel von Pegida, was angesichts des Anteils an Muslimen in Sachsen von ca. 0,02 Prozent absurd ist.

Alle öffentlichen Gesprächsangebote, über die Inhalte von Pegida zu diskutieren, wurden von deren Organisatoren bisher ausgeschlagen und außer Lutz Bachmann darf sich offenbar niemand gegenüber den Medien äußern. Verfolgt man die Kommentare der Pegida-Anhänger auf Facebook und auf den Kommentarseiten von sz-online, DNN-online, mopo24 oder auch ARD so ist zu beobachten, dass die Ressentiments gegenüber Zuwanderern, Parteien und den seriösen Medien teils auf breite Zustimmung stoßen. Die parlamentarische Demokratie und die Parteien von LINKE bis CDU werden als politisches Establishment diskreditiert, welches an den Menschen vorbei politische Entscheidungen treffe. Den Medien von BILD bis zur ARD wird unterstellt, sie seien staatsgelenkt. Man suhlt sich bei Pegida im ver-

meintlichen revolutionären Gefühl vom Herbst 1989 und ignoriert dabei, dass alle politischen Mandatsträger von der Dresdner Oberbürgermeisterin bis hin zur Bundeskanzlerin das Ergebnis geheimer und demokratischer Wahlen sind.

Für alle Parteien mit Ausnahme der AfD, die offen mit Pegida sympathisiert, stellt diese neue Form politischer Bewegung eine Herausforderung dar, insbesondere für CDU und LINKE. Für die CDU, weil viele der bürgerlichen Pegida-Unterstützer jenseits der Neonazis und Hooligans sich als CDU-Wähler verstehen und von ihrer Partei ein repressiveres Vorgehen mit Ausländern und Flüchtlingen fordern. Für DIE LINKE besteht die politische Gratwanderung darin, dass es wenig helfen wird, Pegida mit einem eingeübten Antifaschismusreflex zu begegnen.

Wenn nur wenige hundert Meter vom Dresdner Landtag entfernt das ver-

meintliche Abendland verteidigt wird, mittels der Forderung nach strengerer Anwendung des bereits scharfen deutschen Asylrechts, zugleich aber darauf verwiesen wird, „echte“ Kriegsflüchtlinge seien willkommen und Asylbewerber würden materiell gegenüber armen Deutschen bevorteilt, dann ist dies auch eine Quittung für zwei Jahrzehnte Entsolidarisierung einer Gesellschaft, die von neoliberalen Kräften politisch durchaus gewollt war. Eine gesellschaftliche Mitte, die sich von Abstiegsängsten bedroht sieht, folgt den einfachen Erklärungsmustern eines vorbestraften Justizflüchtlings und begibt sich in scheinhumanen Nützlichkeitsrassismus.

Die gefährliche Melange der Pegida-Anhänger jenseits überzeugter Nazis ist zu vielgestaltig, als dass sie mit politischen Verurteilungen auflösbar wäre. Das Entgegen mit Zahlen und Argumenten und der Ausbau politischer Bildung ist ein Ansatz, sich mit Pegida auseinanderzusetzen. Eine Debatte über eine Einwanderungspolitik statt Abschiebepolitik ist ein weiterer notwendiger Schritt im Zuwanderungsland Bundesrepublik und insbesondere in Sachsen, wo Asylansprüche überdurchschnittlich häufig abgelehnt werden, zugleich jedoch die negative demographische Entwicklung beklagt wird. Das Zusammenleben mit Zugewanderten aus aller Welt, die unsere Kultur bereichern, einzuüben und als Bereicherung zu begreifen, wird kein Spaziergang, sondern ein langer Weg, auf den sich auch Dresden und seine Bewohner jenseits der Neustadt, Johannisstadt oder Plauen begeben müssen.

Zum Dresdner Suchtbericht 2013

Rausch ohne Reue

von Hans-Jürgen Muskulus

Wie bundesweit werden die Dresdner am häufigsten wegen Alkoholmissbrauchs stationär behandelt. Im vorigen Jahr wurden über 3.600 Menschen in den SBB beraten, davon 3.000 aus eigener Betroffenheit und über 500 Angehörige. In der ambulanten Arbeit nimmt der Anteil derjenigen, die illegale Drogen, und hierbei besonders Crystal, zu sich nehmen, kontinuierlich zu.

Repression und Angebotsreduzierung

Laut Polizeistatistik 2013 wurden im Stadtgebiet 1 890 Rauschgiftdelikte registriert. Das war ein Anstieg von 70 % gegenüber dem Vorjahr. Der Anteil an der Gesamtkriminalität stieg von 2 % auf 3,2 %. Es gab vier Rauschgifttote.

Entwicklung der Suchtprävention

Es braucht Ausbau von Basisseminaren zur Thema Suchtprävention, Suchthilfe und Crystal, Aus- und Fortbildung von MOVE- Trainern zum Umgang mit kon-

sumierenden Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden, Lehrgänge für Beratungslehrer, berufliche Fortbildung in der mobilen Jugendarbeit, Fortbildung für medizinisches Fachpersonal usw. usf.

Wie reagieren wir als LINKE auf diese aktuellen Entwicklungen in unserer Stadt? Wir wollen einen Ausbau und eine langfristige Sicherung der Präventions- und Überlebenshilfeangebote. DIE LINKE in Sachsen setzt sich außerdem für eine breite und gesicherte Angebotsstruktur im Bereich der Suchtpräventionsarbeit ein. Das bedeutet für uns auch, dass schon in vorschulischen Einrichtungen mit Themenkomplexen gearbeitet werden muss, die für ein späteres Suchtverhalten von Bedeutung sein können. Zu kritisieren ist weiterhin, dass Sachsen als eines der letzten Bundesländer in Deutschland keine eindeutige Geringemengen-Regelung im Umgang z.B. mit Cannabis im Bereich der Strafverfolgung hat. Die Polizei ist angehalten auch bei Kleinstmengen Strafanzeige



Foto: Q.pictures / pixelio.de

zu erstatten, wohlwissend, dass die Verfahren gemeinhin wegen Geringfügigkeit eingestellt werden. Vor dem Hintergrund, dass bereits das Bundesverfassungsgericht diesen Umgang als "unverhältnismäßig" einstufte, behindert dies eine effektive Arbeit der Strafverfolgungsbehörden. Generell stehen wir für eine bundeseinheitliche Regelung zum Umgang mit "geringen Mengen". Schadensminimierende Angebote der Suchthilfe, wie der Tausch gebrauchten Spritzenbestecks, Safer-Use-Methoden („sicherer Gebrauch“) zur Vermittlung von weniger riskanten Konsumpraktiken oder das Drug-Checking

(labortechnische Substanzkontrolle) dürfen nicht weiter kriminalisiert und als Sucht fördernd verschrien werden. Staatliche Verbote halten Menschen nur selten vom Drogenkonsum ab. Ein vernünftiger Umgang mit Drogen ist möglich, allerdings wird dieser bei illegalisierten Substanzen bereits bei seltenem Gebrauch durch Kriminalisierung und Ausgrenzung erschwert.

Wenn es nach dem sächsischen Gesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst eine Pflichtaufgabe ist, Bürger zu den Gefahren von Drogen zu beraten, Therapieangebote anzubieten, Prävention und natürlich auch Nachsorge zu betreiben, dann ist es umso unverständlicher, dass freie Träger, die auf diesem Gebiet tätig sind, einen Eigenanteil aufbringen müssen. Warum eigentlich? Die SBB des Gesundheitsamtes muss das selbstverständlich nicht.

Klamme Kommunalfinanzen dürfen sich nicht in der Präventionsarbeit widerspiegeln. Würden die Gelder, welche im Moment für die Kriminalisierung und Repression der betroffenen Konsumentinnen und Konsumenten ausgegeben werden, in sinnvolle Präventionsarbeit investiert werden, wäre schon viel gewonnen.

Neu belebt: Der Runde Tisch Wohnen

Die wachsende Stadt

von Dr. Kris Kaufmann

Nachdem er im Jahr 2013 spontan ausgesetzt wurde, gab es 2014 wieder einen Runden Tisch Wohnen. Einladende war die Stadtverwaltung. Geladene waren ausgewählte Akteure des Wohnungsmarktes Dresden: Am Tisch saßen Projektentwickler und Bauträger, genossenschaftliche Vermieter und die landeseigene Sächsische Aufbaubank (SAB) sowie die Deutsche Bank. Zum ersten Mal durfte auch die Politik anwesend sein. Die Gagfah als größter Vermieter hatte keine Einladung erhalten.

Als Einleitung des Willens zum Handeln seitens der Stadt wurde das Dresdener Wohnkonzept benannt. Dieses gab es zwar noch gar nicht. Das blieb in der brandenden Rede von OB Orosz jedoch unerwähnt. Dafür zeigte zumindest der neue Mietspiegel einen erneuten Anstieg der Mietpreise um durchschnittlich fünf Prozent gegenüber 2012. Überproportional von Preissteigerungen betroffen waren kleine Wohnungen.

Grundlage für die Diskussion bildeten jedoch nicht Preisanstiege, sondern die Bevölkerungsprognose der Stadt Dresden. Diese zeigt mittelfristig ein kontinuierliches Wachstum von 48.000 Einwohnern bis 2030, was sowohl aus einer stabil hohen Zahl an Geburten als auch durch positive Wanderungssalden getragen wird. Zuwanderungsgewinne, so die Annahme, werden sich jedoch kontinuierlich abschwächen. 2030 würden Bürger aus den westlichen Bundesländern kaum noch nach Dresden wandern. Warum das so sein sollte, blieb offen. Auch das Thema ‚Asyl und Flüchtlinge‘ spielte beim Prognoseergebnis keine Rolle. Allein deren Zahl macht für die nächsten Jahre jedoch ein sattes Plus von ca. 4.000 Personen aus. Und alle – sowohl



Foto: Klaus-Uwe Pacyna / pixelio.de

die freiwilligen, als auch die unfreiwilligen Neudresdener wollen und müssen möglichst bedarfsgerecht wohnen.

Eine Mammutaufgabe für die Stadt, keine Frage. Neben dem gern erwähnten Thema ‚junge und wachsende Stadt‘, wird dagegen das Thema der demographischen Alterung und der damit verbundenen steigenden Zahl von Menschen, deren Wohnung aufgrund von Mobilitätseinschränkungen zur Falle wird, gern vergessen. Nicht nur im Neubau, sondern auch im Bestand müsste es hier zumindest ein konzeptionelles Vordenken geben. Selbst unter den angenommenen über 19.000 Haushalten mehr in Dresden bis 2030 gibt es eben nicht nur junge und dynamische Menschen. Konkrete Ideen zum Thema ‚Alter und Wohnen‘ hatte anscheinend keiner. Denn bereits die auf mobile Bewohner zukommenden Neubaukosten werden als erheblich eingestuft. Wie soll sich dann ein durchschnittlich finanz-

schwächerer Rollifahrer jemals eine Wohnung leisten können? Stolz berichtete die Vertreterin der SAB wie viele Millionen in den letzten Jahren in die Wohnungsbauförderung Dresdens seitens des Landes geflossen seien. Allein 10 Mio. € in den generationengerechten Umbau! Im Klartext bedeutet das: Dem Wohnungsmarkt Dresden kamen etwa ein Drittel der gesamten Landesförderung (und damit von 520 etwa 173 Mio.) zu. Aber von dieser Summe entfielen gerade einmal knapp 6 %, um einen generationengerechten Umbau zu fördern. Mietwohnungsneubau? Gleich Null.

Als dann strategische Handlungsansätze vorgestellt wurden, die als Diskussionsgrundlage für eine neue kommunal-private Zusammenarbeit dienen sollten, verschlug es mir fast die Sprache. Eingangs kam die kommunale Wohnungsbedarfsprognose zu dem Schluss, dass Neubaupotenzial für selbstnutzende Eigentümer vor allem am Stadtrand

zu befriedigen sei. In einem zweiten Schritt präsentierte die Verwaltung Bauzuschussüberlegungen in Millionenhöhe, um Neubauprojekte auf den Weg zu bringen. Eine Stadtverwaltung die für das Thema Wohnen eine fette Null im Haushalt 2015/2016 eingeplant hatte, übertraf sich an dieser Stelle selbst. Damit wurde sogar das Blenden auf der Pressekonferenz im Oktober 2014 in den Schatten gestellt, als durch die Verwaltung ein revolvierender Grundstücksfonds oder gar die Einbeziehung von Bundes- und Landesliegenschaften als Strategie Dresdens präsentiert wurde, die angeblich bereits durch den Stadtrat als Beschlusslage verabschiedet worden sei.

So ambitioniert wie alles klang, so actionistisch wirken Bestrebungen im Nachgang der Veranstaltung. So erklärt auch eine im Dezember seitens des Innenministeriums beantwortete Anfrage der LINKEN, dass es bisher keine Anfragen auf Förderung von Mietwohnungsneubau aus den kreisfreien Städten oder Kreisen an das Land gebe. Somit hat auch Dresden bisher zwar wohl viele sondierende Gespräche mit dem Land geführt, dies aber anscheinend nur für die eigene Öffentlichkeitsarbeit. Dies ist ermüthend. Und auch deshalb sitzt das RGRO-Bündnis an einer sehr konkreten und ehrlichen Strategie, ein neues kommunales Wohnungsunternehmen für Dresden im Jahr 2015 auf den Weg zu bringen. Aktuell werden finanzielle und strategische Möglichkeiten eruiert und diskutiert. Strategisches Startkapital ist im Haushalt der Stadt verankert. Durch Reden und Versprechungen allein, entstehen nämlich keine neuen Wohnungen. Schon gar nicht für jene Haushalte, die nicht zwischen Loschwitz und Laubegast, sondern zwischen kleiner Wohnung oder keine Wohnung unterscheiden müssen.